

Nr. 22/5 vom 16.03.2022

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Wärmewende im Endkundenmarkt – Wie lassen sich 20 Mio. Einzelheizungen erneuerbar umstellen?

Berlin. Der Gebäudesektor hat im Jahr 2020 das für ihn im Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehene CO₂-Minderungsziel verfehlt. Dabei ist dieser Sektor mit Blick auf den Klimaschutz von zentraler Bedeutung, denn beinahe ein Drittel des gesamten deutschen Endenergieverbrauchs entfällt auf die Beheizung von Gebäuden und die Erwärmung von Wasser. Das Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotenzial ist in diesem Sektor hoch, rd. 70% CO₂ ließen sich allein durch die Modernisierung von Heizungsanlagen einsparen – so die Prognosen. Wie sich Einzelheizungen erneuerbar umrüsten ließen und welche Möglichkeiten sich im Endkundenmarkt bieten, wurde am 16. Februar 2022 im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ mit Vertretern der Wissenschaft, der Heizungsbranche und der Politik erörtert.

MR Peter Rathert, Leiter des Referates „Gebäude- und Anlagentechnik und technische Angelegenheiten, Energie und Bauen“ im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, zeigte sich gegenüber den Minderungszielen für den CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor bis 2030 skeptisch, müssten die Emissionen doch dann in nur acht Jahren mehr als halbiert werden. So müsste bis zu diesem Datum etwa mehr als die Hälfte des gesamten Gebäudebestandes mindestens auf die Effizienzhaus-Stufe 40 gebracht werden – ein Sanierungsvorhaben, das bei den ebenfalls geplanten Nachverdichtungs- und Neubauplänen der Politik vor allem in Hinblick auf den Fachkräftemangel etwa im Handwerk, bei den Aufsichtsbehörden und Planungsbüros, nicht zuletzt aber auch mit Blick auf die immensen Kosten schlicht nicht umzusetzen sei. Als Ausweg aus diesem Dilemma legte MR Rathert einerseits nahe, das Klimaschutzgesetz, das bis dato nach dem Quellenprinzip bilanziert, dergestalt zu novellieren, dass in anderen Sektoren „Gutschriften geholt“ werden könnten. Zweitens könne dem Fachkräftemangel nicht mehr nur durch ein reines Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz begegnet werden, um die Migration ausländischer Fachkräfte in den deutschen Arbeitsmarkt anzureizen, sondern es erfordere daneben eine signifikante Lohnsteigerung in Verbindung mit einer erheblichen Reputationssteigerung des gesamten Baugewerbes. Zur Diskussion stellte er ferner die Frage, mit welchen regulatorischen Maßnahmen bei Vermietern/Mietern und Hauseigentümern die kostenintensive, klimaneutrale Umrüstung gerade mit Verweis auf den ohnehin angespannten Wohnungs- und Immobilienmarkt gehebelt bzw. durchgesetzt werden könnte. MR Rathert regte hierfür sowohl eine Erhöhung der CO₂-Bepreisung unter dem über das Brennstoff-Emissionshandelsgesetz mit einer gleichgerichteten Umlegung der Kosten sowohl auf Mieter als auch Vermieter an, als auch die mögliche Einführung eines europäischen Emissionshandelsgesetzes als Bestandteil des „Fit for 55“-Paketes. Ein solcher Schritt jedoch stoße vor allem mit seinen sozialen Implikationen in etlichen EU - Mitgliedsstaaten auf große Abneigung.

Dr. Volker Lenz, Forschungsschwerpunktleiter „Intelligente Biomasseheizanlagen“ am Deutsche Biomasse-Forschungszentrum – DBFZ, und Dr. Torsten Schmidt-Baum, Bereich Bioenergiesysteme am DBFZ, befassten sich in ihren Beiträgen mit der Hemmnisanalyse und sowie der Erarbeitung von Lösungsansätzen zum Abbau der bestehenden Hemmnisse beim Ersatz von Ölheizungen durch Erneuerbare Energien wie etwa Biomasse-Heizungen. Sie identifizierten durch die Befragung von Hauseigentümern

sowie mittels Leitfadeninterviews mit Akteuren in der Heizungsindustrie, so etwa Installateuren, Anlagenherstellern oder Energieberatern, als Barrieren vor allem ein Wahrnehmungsdefizit, verbunden mit großer Unsicherheit in Bezug auf die Nachhaltigkeit von Biomasse-Heizanlagen. Daraus ableitend, empfahlen sie etwa bundesweite Werbekampagnen, um die Endkunden für den Einsatz der Erneuerbaren Energien in Heizungsanlagen zu sensibilisieren und zu mobilisieren, aber ebenso die Wissens- und Beratungslücken durch betriebliche Anreize und Fortbildungsangebote effektiver zu minimieren. Daneben bemängelten sie, dass die Politik bislang weiterhin fossil befeuerte Heizungsanlagen subventioniere, und sprachen sich klar für deren Terminierung aus.

Markus Staudt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie e.V., beschrieb zunächst einen Zuwachs bei Biomasse-Heizsystemen um 41% sowie bei Heizungs-Wärmepumpen um 28% im Gesamtmarkt der Wärmeerzeuger im Jahr 2021, die mit der verbesserten finanziellen Förderung durch den Gesetzgeber in Verbindung stünden. Gleichzeitig warnte er eindringlich davor, einen Förderstopp wie etwa bei der KfW-Förderung für Effizienzhäuser zu wiederholen, um dieses Vertrauen in klimaneutrale Heizungen nicht zu verspielen. Auch er mahnte, dass der Anteil veralteter Heizanlagen mit über 11 Mio. sehr hoch sei, zumal die Klimaschutz-Gemarkung bis 2030 eine jährliche Umrüstung von mehr als 1,2 Mio. Heizungen erfordere – ein Wert, der etwa im Jahr 2021 nicht eingehalten werden konnte. Darüber werde der Markt weiterhin von der fossilen Gasheizung dominiert, sogar im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen setzten die Verbraucher überwiegend auf Gasanlagen. Staudt gab ferner zu bedenken, dass sich „der CO₂-Footprint einer Heizung nicht am System, sondern am Energieträger“ errechne und forderte deshalb eine Defossilisierung der Energieträger etwa durch den Einsatz von Wasserstoff oder eFuels, z.B. in Form einer THG- Minderungs- oder Grüngasquote.

Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V., machte sich angesichts der hohen Anschaffungskosten von Hybridsystemen und der baulichen Voraussetzungen, die für die Installation dieser Heizsysteme aufgrund ihrer Anlagenkomplexität gegeben sein müssten, für Quartierslösungen stark. Er untermauerte dies mit den Ergebnissen einer Studie der RWTH Aachen, die für die kommunale Wärmeplanung eine hybride Lösung mit Elektro-Wärme-Pumpen in Einfamilienhäusern zusammen mit Kraft-Wärme-Kopplung in Mehrfamilienhäusern favorisiere, um den Spitzenlasten in den Stromnetzen begegnen zu können. Denn, so mahnte er, eine reine Elektrifizierung der Wärmeversorgung sei unmöglich und machte deutlich, dass die Lastspitze in der Wärmeversorgung bei etwa 330 GW liege, der gesamte deutsche Strommarkt jedoch maximal 80 GW erzeugen könne. Diese Leistungslücke werde durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie der Kernenergie sogar noch vergrößert, wodurch Deutschland auf eine regelrechte Strommengen-Lücke von etwa 25 – 58 GW zusteure. Die Lösung sah Prof. Linke vor allem in der Dekarbonisierung der gasbasierten Heizungen mittels Biogas und den Hochlauf von Wasserstoff, einem massiven Stromnetzausbau auf Verteilnetzebene und der Dekarbonisierung von Strom durch die Steigerung des Mengenaufkommens der Erneuerbaren Energien sowie deren Resilienz.

Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Sanitär Heizung Klima, monierte ebenfalls die Zielvorgaben für die Wärmewende im Gebäudesektor, die nur im Rahmen einer Planwirtschaft, nicht aber in einer freien Marktwirtschaft oder auch nur rein kapazitiv umgesetzt werden könnten. Ferner wehrte sich Bramann gegen die „Verteufelung des Handwerks“ wegen mangelnder Bereitschaft zum Umstieg auf klimaneutrale Geräte und Bauweisen, das seinerseits schlicht den Nachfragebereich bediene. Er warnte, dass das Ziel eines 65%-Anteils Erneuerbarer Energien bei bereits verbauten bzw. neu installierten Heizungen bis 2025 den Einbau von Öl-, Gas- und hybriden System gänzlich verbiete und diese 65%-Zielmarke nicht einmal durch derzeitige Nah- und Fernwärme zu erreichen sei. Selbst bei Wärmepumpen sei die Vorgabe nur dann realisierbar, wenn der Strom zu 65% erneuerbar erzeugt werde.

Corinna Kodim, Geschäftsführerin des Bereichs Energie, Umwelt, Technik bei Haus & Grund Deutschland, skizzierte zunächst den Wohnbestand, bei dem sich über 80% im

Eigentum von Privatpersonen befänden, die professionellen Unternehmen, die Wohnraum zu Verfügung stellen, hingegen nur etwa 7% der Eigentümergruppe ausmachten. Im Bereich der Mietwohnungen befänden sich ganze zwei Drittel in der Hand von Privatpersonen. Vor diesem Hintergrund bewertete sie die Anforderung der Politik, bezahlbaren Wohnraum klimaneutral zur Verfügung zu stellen, angesichts finanzieller, technischer und bürokratischer Hürden für den Großteil der Wohnungsanbieter als unrealistisch. Diese benannte Kodim mit überproportional hohen Investitionskosten im Vergleich zu den geringen Energiekosten-Einsparungen durch klimaneutrale Geräte sowie das Fehlen langfristig verlässlicher Förderungsprogramme seitens der Politik. Daneben bemängelte sie das Fehlen einer Erneuerbaren-Energien-Technologie, die sich für den breiten Einsatz im Gebäudebestand eigne im Vergleich etwa zur heutigen Brennwert-Technik, die in jedem Gebäude einsetzbar sei. Für Kodim bedürfe es neben einer auskömmlichen Förderung insbesondere eines Versorgungsatlasses der Kommunen, wobei die Wärmeplanung mit den Maßnahmen am Gebäude abgestimmt werden müsse. Gleichzeitig forderte sie, die Sanierungsanforderungen an die jeweiligen finanziellen Möglichkeiten der Mieter und Vermieter anzupassen.

Entgegen der diffizilen Ausgangssituation, die die verschiedenen Akteure des Gebäudesektors zuvor beschrieben hatten, zeigte sich die Bundestagsabgeordnete Christina-Johanne Schröder von Bündnis 90/Die Grünen optimistisch, die von der neuen Bundesregierung erklärten Zielvorgaben einhalten zu können und benannte Quartierlösungen und die kommunale Wärmeplanung als mögliche Auswege. Sie weckte ferner Hoffnung, dass die Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig beschleunigt und das Baurecht im Hinblick auf den Denkmalschutz zeitnah vereinfacht werden könnten. Lars Rohwer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hingegen teilte die Skepsis gegenüber der im Klimaschutzgesetz genannten Zielvorgabe einer Halbierung der Emissionen im Gebäudesektor, die auch der Referatsleiter im Bauministerium, Peter Rathert, bereits zum Ausdruck gebracht hatte und brachte den Vorschlag ins Spiel, statt auf Förderungen besser auf steuerliche Vergünstigungen zu setzen.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit.

Ausgehend vom hohen Rücklauf der Veranstaltung und der Aktualität des Themas bietet das Forum für Zukunftsenergien e.V. am 6. April einen Expertenworkshop zum Thema „Klimaschutzziele und Bauen – wer liefert welchen Beitrag?“ an. Adressaten dieser exklusiven Veranstaltung sind die Bundestagsabgeordneten und ihre Mitarbeiter, die Mitarbeiter der Bundesministerien und der Landesvertretungen. Das Programm des Workshops Programm finden Sie [hier](#).

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV